Demokratische Hochschulen verteidigen – Gegen die autoritäre Hochschulpolitik der AfD

Hochschulen sind Orte zum gemeinsamen Lernen, Forschen und Diskutieren. Als öffentliche Bildungseinrichtungen stehen sie auf dem Boden des Grundgesetzes. Daher sind sie gleichermaßen offen für alle, unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, finanziellem oder sozialem Hintergrund. Hochschulen leben von einem partizipativen Miteinander von Studierenden, Beschäftigten und Lehrenden.

Wir setzen uns deshalb für Hochschulen ein,

- in denen demokratische Mitbestimmung gestärkt wird,
- in denen gute Arbeits- und Studienbedingungen gelten,
- in denen Vielfalt und kritisches Denken selbstverständlich sind,
- die sich für Freiheit in Forschung und Lehre stark machen,
- in denen Wissenschaft ihrer Verantwortung für eine demokratische Gesellschaft gerecht wird.

Dazu gehören sichere Arbeitsverhältnisse, ausreichend öffentliche Finanzierung und selbstverständlich die Freiheit, wissenschaftliche Fragen ohne politischen Druck bearbeiten zu können. Die hochschulpolitischen Vorstellungen der AfD Sachsen-Anhalt stehen dazu im klaren Gegensatz.

Angriff auf demokratische Mitbestimmung

Die AfD will die Mitbestimmung an Hochschulen deutlich einschränken. Im „Regierungsprogramm“ werden bestehende Gremien und Beteiligungsrechte als „pseudodemokratisch“ bezeichnet. Statt gemeinsamer Entscheidungen sollen Professor*innen wieder deutlich mehr Macht bekommen; der Einfluss von Beschäftigten und insbesondere von Studierenden soll hingegen zurückgedrängt werden.

Für uns ist klar: Demokratische Mitbestimmung ist kein Problem, sondern eine Stärke der Hochschulen. Denn Studierendenvertretungen, Hochschulgremien und die Beteiligung verschiedener Statusgruppen sorgen dafür, dass Hochschulen nicht nur verwaltet werden, sondern Orte demokratischen Lernens sind und auch in Zukunft bleiben. Gerade Studierende haben in den vergangenen Jahren immer wieder gezeigt, wie wichtig ihr Engagement für eine offene und solidarische Hochschule ist.

Wir solidarisieren uns deshalb ausdrücklich mit den Studierendenvertretungen und allen Beschäftigten, die sich gegen diese Angriffe auf demokratische Strukturen einsetzen.

Wir wenden uns zudem gegen das antidemokratische Vorhaben der AfD, die Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen abzuschaffen. Gleichstellungsarbeit sorgt dafür, Benachteiligungen sichtbar zu machen und Chancengleichheit für alle zu stärken, etwa für Frauen, queere Menschen oder andere diskriminierte Gruppen im Hochschulalltag, die bisher unterrepräsentiert sind.

Ersetzt werden sollen die Gleichstellungsbeauftragten durch „Familienbeauftragte“, deren Funktion nicht derjenigen Arbeit entspricht, wie wir sie zentral oder an den Fakultäten kennen. Stattdessen wird deren zukünftige Aufgabe beschränkt auf „die Bewertung der Auswirkungen allen staatlichen Handelns auf die Geburtenrate und die Weiterentwicklung familien- und kinderfreundlicher Maßnahmen“. Damit wird Gleichstellungsarbeit auf eine familien- und geburtenpolitische Logik verengt. Das ersetzt den Schutz vor Diskriminierung nicht, sondern verschiebt den Fokus weg von struktureller Gleichberechtigung hin zu bevölkerungspolitischen Zielen.

Dies zeigt deutlich das rückwärtsgewandte Gesellschaftsbild der AfD und ihr Rollenverständnis gerade in Bezug auf Einschränkungen für weibliche Beschäftigte. Gleichstellung und Vielfalt werden damit nicht gestärkt, sondern bewusst zurückgedrängt. Für uns ist eine demokratische Hochschule immer ein Ort, an dem Menschen unabhängig von Geschlecht, körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung, Herkunft, sexueller Identität oder sozialem Hintergrund gleichberechtigt lernen und arbeiten können und dafür strukturelle Hemmnisse abgebaut werden.

Wissenschaftsfreiheit heißt: Keine parteipolitische Kontrolle von Forschung

Die AfD behauptet, die Wissenschaftsfreiheit schützen zu wollen. Gleichzeitig diskreditiert sie einzelne Fachbereiche und fordert, bestimmte Forschungsrichtungen gezielt – auch finanziell über Zielvereinbarungen – zurückzudrängen. Dazu gehören etwa Gender Studies, Studien zur menschengemachten Klimakrise oder postkoloniale Forschung. Andere Forschungsrichtungen sollen politisch und finanziell gefördert werden, etwa eine sogenannte „kritische Klimaforschung“, „kritische Islamforschung“ oder „Bevölkerungsforschung“.

Parteipolitischer Einfluss auf die Wissenschaft oder zu erforschende Themen widerspricht eklatant dem Grundgedanken der Freiheit in Forschung und Lehre. Forschung muss frei bleiben unabhängig davon, ob wissenschaftliche Ergebnisse (un)bequem oder (un)erwünscht sind.

Besonders gefährlich wird dies, wenn Wissenschaft an eine nationale oder „patriotische“ Haltung gebunden sein soll. Wissenschaft lebt von Offenheit, Kritik und unterschiedlichen Perspektiven, nicht von politischer Gleichschaltung.

Gute Hochschulen brauchen sichere Arbeit und ausreichende Finanzierung

Wirkliche Wissenschaftsfreiheit kann es jedoch nur mit einer verlässlichen und auskömmlichen Finanzierung geben! Denn Forschung und Lehre können nur dann frei sein, wenn Beschäftigte nicht dauerhaft von kurzfristigen Förderprogrammen und unsicheren Verträgen abhängig sind.

Unsere Hochschulen leiden in der Tat unter unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, einem eklatanten Mangel an dauerhafter Beschäftigung und einer Finanzierung, die oft von kurzfristigen Projekten abhängt. Viele wissenschaftliche Beschäftigte sind daher gezwungen, mit befristeten Verträgen und unter unsicheren Zukunftsperspektiven zu arbeiten.

Wir fordern deshalb schon lange:

- eine bessere öffentliche Grundfinanzierung der Hochschulen,

- Dauerstellen für Daueraufgaben und weniger Befristungen,
- Tarifverträge für studentische Beschäftigte,
- verlässliche Karrierewege im Wissenschaftssystem jenseits der Professur,
- und gute Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an Hochschulen.

Das Angebot der AfD hingegen zu einer höheren Grundfinanzierung ist vergiftet. Denn die AfD verbindet ihre Forderung nach mehr Grundfinanzierung mit parteipolitischen Vorgaben, welche Forschung nach ihren Vorstellungen gefördert werden soll und welche nicht. Genau darin liegt der entscheidende Unterschied zu unseren Forderungen.

Wir treten für eine starke öffentliche Finanzierung ohne parteipolitische Einflussnahme auf Inhalte von Forschung und Lehre ein. Die AfD dagegen will bestimmte Forschungsrichtungen gezielt schwächen und andere finanziell bevorzugen. Das schafft neue Abhängigkeiten und gefährdet die Freiheit der Wissenschaft. Hochschulen tragen Verantwortung für die Gesellschaft insgesamt: für Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Frieden und ökologische Nachhaltigkeit.

Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt sollen für Studierende, Forschende aus dem In- und Ausland ein attraktiver Arbeitsplatz und Lernort mit international anerkannten Abschlüssen sein. In diesem Zusammenhang greift die Kritik der AfD an der Bologna-Reform die falschen Punkte an. Internationale Vergleichbarkeit von Abschlüssen, Mobilität und internationaler Austausch in Forschung und Lehre sind erhaltenswerte Aspekte des Bolognaprozesses.

Auch bei der Studienfinanzierung zeigt sich das elitäre Verständnis von Gesellschaft und Hochschule der AfD. Die AfD will dem bedarfsorientierten BAföG-System eine leistungsbezogene Landesförderung entgegensetzen. Damit würde Studienfinanzierung stärker an Leistung statt an sozialem Bedarf ausgerichtet – ungeachtet dessen, dass eine bundesweite Begabtenförderung bereits existiert. Damit entfernt sich die allgemeine Studienförderung vom Gedanken sozialer Chancengleichheit. Bildung darf aber nicht vom Geldbeutel und Bildungsstand der Eltern oder von dauerhaftem Leistungsdruck abhängen. Dadurch werden bereits bestehende soziale Ungleichgewichte in der sozialen Herkunft Studierender weiter verschärft.

Für demokratische und freie Hochschulen

Wir stellen uns gegen jede Hochschulpolitik, die demokratische Beteiligung abbauen, Wissenschaft parteipolitisch kontrollieren und gesellschaftliche Vielfalt zurückdrängen will.

Hochschulen dürfen keine Orte autoritärer parteipolitischer Einflussnahme werden. Sie müssen Räume bleiben, in denen kritisch gedacht, frei geforscht und demokratisch gestritten werden kann.

Wer Mitbestimmung angreift, unliebsame Forschung verdrängen und Gleichstellung abschaffen will, greift die demokratische Hochschule selbst an.

Dagegen wehren wir uns gemeinsam mit Studierenden, Beschäftigten und Lehrenden entschieden.

Unterzeichnende Organisationen:

GEW Sachsen-Anhalt

Ver.di Sachsen-Anhalt

Promovierendenvertretung Magdeburg

Promovierendenvertretung Halle

Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft (NGAWiss)

Studierendenrat der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle

Studierendenrat der Hochschule Magdeburg-Stendal

Studierendenrat der Otto-von-Guericke-Universität

Studierendenrat der Martin-Luther-Universität Halle SPR

Studierendenrat der Hochschule Merseburg

Grafö-Netzwerk

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen und Universitätsklinika Sachsen-Anhalt (lakog)

freier zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) e.V.

DVPB-Landesvorstand Sachsen-Anhalt